UTE VOGT · MdB

www.ute-vogt.de

SPD Fraktion im Bundestag

Für Stuttgart in Berlin.
Für ein solidarisches Land.

Bericht zur Kreisdelegiertenkonferenz am 10. Oktober 2020

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 16. Oktober 1994 wurde ich zum ersten Mal zum Mitglied des Deutschen Bundestages gewählt. Für mich als junge Rechtsanwältin ein großer Vertrauensbeweis meiner SPD und der Wählerinnen und Wähler. Gelernt habe ich die handwerklichen Grundlagen dazu in der Kommunalpolitik, damals als jüngste Stadträtin in der Großen Kreisstadt Wiesloch. Auch im Bundestag war ich - zusammen mit Hans Martin Bury, ebenfalls aus Baden-Württemberg, und Christoph Matschie aus Thüringen - damals die jüngste Abgeordnete.

Der Innenausschuss war mein erstes Wirkungsfeld. Viele der Themen, die mich damals besonders beschäftigt haben, wie zum Beispiel Zuwanderung und Rechtsextremismus, sind auch heute noch auf meiner Tagesordnung.

Meinen Einstieg in die zweite Legislaturperiode begann ich 1998 mit einem großartigen Wahlsieg im Wahlkreis Pforzheim/Enzkreis, als ich erstmals in der Geschichte des Wahlkreises das Direktmandat für die SPD gewonnen habe. Im Bundestag hatte ich dann die Chance, als erste Frau die Vorsitzende des Innenausschusses zu werden. Das war eine Herausforderung und diese erste Legislaturperiode in der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder war mit die schönste Zeit. Für unser Land brachte diese Regierung einen wirklichen Aufbruch in vielen gesellschaftlichen Bereichen.

Hier einer meiner Einsätze im Plenarsaal.

Auch Baden-Württemberg wurde von dieser Aufbruchstimmung erfasst. Nachdem ich 1999 als Landesvorsitzende gewählt worden war, wurde ich in einer Urwahl als Spitzenkandidatin für die Landtagswahl nominiert. Unser Ergebnis 2001 von 33,3 % für die SPD war damals eine Sensation, lag es doch über 8 % über dem Ergebnis 5 Jahre zuvor. Im Landtagswahlkreis Pforzheim erreichte ich 37,8 % der Zustimmung; aufgrund des kleinen Wahlkreises und des damals geltenden Wahlrechts reichte das trotzdem nicht für den Einzug in den baden-württembergischen Landtag.

Im Kreis der Stuttgarter Genoss*innen fühle ich mich wohl - hier auf der Feuerbacher Kirbe.

Ich blieb Mitglied des Deutschen Bundestages und hatte als Innenausschussvorsitzende sicher mit die größte Herausforderung bei der Gesetzgebung in der Folge des Anschlags vom 11. September 2001.
In meiner dritten Legislaturperiode wurde ich dann zur Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesinnenministerium beim damaligen Innenminister Otto Schily berufen. Die spannendste, aber auch die anstrengendste Zeit meiner Laufbahn.

Im Jahr 2006 folgt dann meine zweite Spitzenkandidatur für den Landtag. Obwohl landesweit die Wahlergebnisse deutlich schlechter waren als 2001, gelang mir diesmal der Einzug in den Landtag, was auch an der Größe des Wahlkreises Bretten gelegen hat, in dem ich dieses Mal aufgestellt worden war. Nun also Landtag - um es kurz zu machen, es war keine glückliche Zeit. Mein Ausstieg aus der Politik war für mich bereits beschlossene Sache, als mich der Kreisverband Stuttgart gebeten hat, für den Wahlkreis I als Bundestagskandidatin anzutreten. Für mich war das quasi ein Wink des Schicksals, ich habe gerne zugesagt und 2009 bin ich nach Stuttgart umgezogen. Den Stuttgarter Genossinnen und Genossen bin ich noch heute sehr dankbar für diese erneute Chance.

Nach dem Wiedereinstieg im Bundestag widmete ich mich der Abwicklung der Atomenergie. Zuerst als Obfrau der SPD im Gorleben-Untersuchungsausschuss - und ich bin in diesen Tagen ein bisschen Stolz, dass ich mit dazu beigetragen habe, dass dieser unsichere Standort aus dem Rennen ist. Danach kam die Entwicklung eines Gesetzes für eine neue Endlagersuche und schließlich die Kommission zur Finanzierung des Ausstiegs aus der Kernenergie, in der ich die SPD-Bundestagsfraktion vertreten habe.
In der danach folgenden Legislaturperiode habe ich dankend abgelehnt, ein weiteres Mal als Parlamentarische

Staatssekretärin zu dienen und wurde stellvertretende Fraktionsvorsitzende für die Bereiche Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft. Das Verbot von Fracking, die Abschaffung von Pelztierfarmen oder auch die Entscheidung, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen im Freiland zu untersagen, waren einige der Marksteine, die ich hier verhandeln konnte.

In der aktuellen, und nunmehr 6. Legislaturperiode im Bundestag habe ich mich dem Thema „wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ verschrieben. Mein besonderes Augenmerk bleibt hierbei auf den Themen Flucht und Fluchtursachen, Frauenrechte, Kinderschutz und Stärkung demokratischer Strukturen.

Im vergangenen Jahr schließlich hat sich der Kreis irgendwie geschlossen. Ich wurde von der SPD-Bundestagsfraktion als innenpolitische Sprecherin gewählt und bearbeite damit nochmals ein neues und doch altbekanntes Themenfeld für die Fraktion. Das Zuwanderungsgesetz, die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität und die Stärkung unserer Demokratie bleiben meine Schwerpunkte.
Das war nun schon viel zu lesen und ist doch nur ein kurzer Abriss meiner wichtigsten Stationen. Ich hatte und habe ein vielseitiges, spannendes parlamentarisches Arbeiten, mit Höhen und Tiefen, Erfolgen und unzähligen großartigen Menschen, mit denen und für die ich arbeiten kann und konnte. Ich durfte Verantwortung übernehmen und vieles gestalten.

Und wenn es am schönsten ist, sollte man gehen. Ich meine, das ist ein guter Grundsatz - ich bin früh in die parlamentarische Arbeit eingestiegen und finde, nach über 25 Jahren ist ein guter Zeitpunkt erreicht, um anderen jungen Menschen die Chance für den Einstieg in diesen wichtigen und ehrenvollen Beruf zu geben. Für die kommende Bundestagswahl werde ich daher nicht mehr kandidieren. Aber noch bin ich da und freue mich über unsere Zusammenarbeit bis zum Oktober 2021.

Herzlichst, Eure Ute

Über 25 Jahre nah dran und mittendrin - unter dem Strich bleibt die Freude an der geleisteten Arbeit zum Wohle unserer Demokratie.

Leben in der Stadt

Im Koalitionsvertrag haben wir CDU/CSU einiges abgerungen; besonders wichtig war die Veränderung hin zu einer verlässlichen Unterstützung für Langzeitarbeitslose. Die Stuttgarter Projekte wie die Sozialkaufhäuser der Neuen Arbeit oder der Caritas (PragA), mit denen ich in gutem Kontakt stehe, haben hierzu hilfreiche praktische Hinweise gegeben, die ich an das Arbeitsministerium und an Hubertus Heil weitergeben konnte.

Rentenpolitik, und vor allem die doppelte Besteuerung von Betriebsrenten, waren Dauerbrenner, die wir ebenfalls angehen konnten. Hierzu gaben mir die Diskussionen mit den IG-Metall-Senior*innen informative Hinweise. Gute Arbeit und Arbeitsplätze in der Region zu erhalten, ist das Dauerthema im Austausch mit der IG Metall und anderen Gewerkschaften. Sehr eindrucksvoll war für mich hier auch die Demonstration im Herbst 2019 in Stuttgart, auf der vor allem Betriebsrät*innen aus der Metallbranche ihre Sorgen, aber auch ihre Kampfbereitschaft gegen Entlassungen gezeigt haben.
Für praktisch alle Bereiche der Berliner Gesetzgebung gibt es interessante Ansprechpartner*innen und Organisationen in unserer Stadt. Ob Migrationsberatung, Sprachlehrgänge, Wirtschaftsverbände, aber auch das THW, das Polizeipräsidium und andere polizeiliche Einrichtungen - zu allen wesentlichen Vorhaben habe ich versucht, Praktiker*innen vor Ort einzubeziehen.
Wie schwer Politik für Frauen andernorts sein kann, zeigt der Film „Die perfekte Kandidatin“. Da war ich gerne Premierenpatin im Kino.
Die FES mit ihrer Veranstaltungsreihe Stadtleben greift immer spannende Themen auf - aus Termingründen konnte ich leider oft nicht mit dabei sein.

Die Mieten in Stuttgart sind für viele unbezahlbar - natürlich war ich bei der Mietendemo mit dabei.

Gespräche mit Verbänden, Firmen, Bürger*innen

Engagierte von terre des hommes übergeben mir am Red Hand Day gesammelte rote Handabdrücke als Zeichen gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten in Kriegsgebieten.

Besonders interessante Arbeit leistet übrigens die Stiftung managerohnegrenzen (www.stiftung-managerohnegrenzen.de) in Stuttgart. Hier werden aktive und ehemalige Manager*innen geschult, um mit Unternehmens- und Managementwissen in Projekten den Klein- und Mittelstand in Afrika zu unterstützen.

Einer der größten Pharma-Händler sitzt in Stuttgart und hat mir seine eindrucksvolle Logistik präsentiert: die Firma GEHE. Sie sind es, die zuverlässig die Apotheken mit Medikamenten und Pharmaprodukten versorgen. Die Telekom meldete sich, um mich über den Stand des Glasfasernetzausbaus in der Region Stuttgart zu informieren. Beim „Senat der Wirtschaft“ war ich als Referentin zum Austausch eingeladen.

Bürger*innenanfragen kommen meist per Mail, aber regelmäßig kommen auch Bürgerinnen und Bürger zum direkten Gespräch ins Wahlkreisbüro - die Verschiedenheit der Anfragen zeige ich regelmäßig in meinem Newsletter auf. Auch wenn es dem Klischee widerspricht: Der direkte Kontakt zur Abgeordneten wird jedenfalls in Stuttgart von vielen Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen. Für meine Arbeit ist mir das wichtig, weil ich dadurch erfahre, was Menschen unter den Nägeln brennt oder was als größeres Thema am Horizont heraufziehen kann oder wird.

Gemeinsam feiern - Jubiläen, Feste und Empfänge

Wo gearbeitet wird, darf auch gefeiert werden. Die Weingärtnergenossenschaft Rohracker feierte ihr 100-jähriges Jubiläum, die E-Biker*innen trafen sich zur Gruppenausfahrt auf dem „electric night ride" und rund um die Kirchheimer Straße erstrahlte wieder ein Wochenende lang „Sillenbuch in Weiß". Der Sommerempfang der eva, das Fest der Naturfreunde mit der SPD in Degerloch, der Arbeitnehmerinnenempfang des DGB, die Laudatio Rosa Detlef sowie die Teilnahme am Drachenbootrennen waren weitere Veranstaltungs-Highlights im Jahr 2019. Sehr inspirierend und informativ waren auch die Weinprobe in der Kelter in geselliger Runde mit SPD-Mitgliedern, der Neujahrsempfang des OV Vaihingen und der Aschermittwoch mit Hubertus Heil. Stuttgart bietet vieles - nur keine Langeweile.

Politischer Wettbewerb kann richtig Spaß machen - wie hier beim alljährlichen Drachenbootrennen.

Bildung und Demokratie

Was junge Menschen denken, interessiert mich. Selbst die Kleinsten sprudeln nur so vor Ideen, das merke ich an Vorlesetagen - wie zum Beispiel regelmäßig bei der Lerchenrainschule oder der Steinbachschule.

Demokratie aktiv lernen ist immer gut, sehr praxisnah sind Projekte wie z.B. „Schule als Staat" am Paracelsus-Gymnasium. Dort war ich dann sogar als „Staatsgast" geladen. Ein kleines Juwel in der Stadt ist übrigens auch die staatlich anerkannte Fachhochschule "Merz Akademie". Und, um die breite Bildung nicht außen vor zu lassen: Ich war bei der Feier zu 100 Jahren Volkshochschule dabei und habe deren Hilfsbedarfe in der Corona-Zeit nach Berlin getragen.

Auch mit dem deab - Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg - tausche ich mich aus, sie sind ein wichtiger Baustein für die Weiterentwicklung der "Eine Welt" Initiativen sowie der Entwicklungszusammenarbeit und vertreten über 400 Gruppen und Organisationen.

In Berlin habe ich regelmäßig Schulgruppen aus Stuttgart zu Gast, die im Rahmen von Berlinfahrten ihre Abgeordnete im Bundestag treffen können. Wenn es auf diesem Wege nicht klappt, gehe ich auch hier in Stuttgart an die Schulen.

Teilnehmerinnen des Integrationskurses der AWO luden mich ein, um über meine Arbeit als Abgeordnete und das politische System Deutschlands zu sprechen.

Bundesmittel für Stuttgart

Durch das so genannte Entlastungspaket des Bundes werden die Kommunen bereits mit 10 Mrd. Euro insgesamt unterstützt, seit 2018 kommen jährlich weitere 5 Mrd. Euro hinzu. Insgesamt ist im Koalitionsvertrag von 2018-2021 eine Förderung der Kommunen mit etwa 33 Mrd. Euro vorgesehen.

- Weiterhin erfolgreich läuft die Städtebauförderung, z.B. Soziale Stadt, städtebaulicher Denkmalschutz oder Zukunft Stadtgrün. Baden-Württemberg erhielt in 2019 dafür rund 76 Mio. Euro, in 2018 erhielt Stuttgart so fast 22 Mio. Euro.
- Allein vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erhalten Einrichtungen in Stuttgart im sozialen Bereich für ihre Projektförderungen 17,56 Mio. Euro allein für das Jahr 2020. Finanziert werden Vorhaben wie z.B. die soziale Förderung von Jugendlichen und die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen ins Berufsleben.
- Die Bundesmittel für Maßnahmen zur Unterstützung von Projekten zur Flüchtlingsintegration für 2020 und 2021 belaufen sich auf rund 150.000 Euro und werden auf drei Trägereinrichtungen aufgeteilt.
- Die Mehrgenerationenhäuser erhalten 40.000 Euro Zuschuss des Bundesfamilienministeriums pro Jahr.
- Der Kassenpavillon der Wilhelma erhält aus der Denkmalsanierung 900.000 Euro. Aktuell wird dieses wichtige bauhistorische Denkmal mit Spanngurten zusammengehalten.
- Im Themenbereich Infrastruktur und Umwelt erhält Stuttgart vom Bund 2,23 Mio. Euro für die Förderung intelligenter Verkehrsinformations- und Steuerungssysteme.
- Bund und Bahn finanzieren mit 460 Mio. Euro ETCS (European Train Control System) in der Region, damit werden die Kapazitäten gesteigert, dichtere Taktzeiten sind so möglich. Fördermittel in Höhe von 2,1 Mio. Euro fließen in Stuttgart in die Verbesserung der Luft durch das Programm „Saubere Luft“, sowie in die Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme, die Elektromobilität und die Umrüstung der Dieselbusse. So soll das Leben der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt verbessert werden.

Ergänzung zu Corona-Hilfen

- Die KfW vergab Kreditzusagen in Stuttgart in Höhe von 427.640.400 Euro in Form von Unternehmer-, Schnell- und Gründungskrediten. Mit anderen Banken im Konsortium wurden zusätzlich 25 Mio. Euro direkt vergeben.
- Die Stadt Stuttgart erhält von Bund und Land Finanzhilfen in Höhe von zusammen rund 208 Mio. Euro. Ein Ausgleich für Steuerausfälle, Kosten für Schutzkleidung des Klinikums und entfallene Kita-Gebühren. Vor allem Olaf Scholz hat die Stabilisierungsprogramme und vielfältigen Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der Kommunen durchgesetzt.

Hierzu zählt auch die vollständige Übernahme der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Übernahme der Kosten der Unterkunft im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende und für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte.

- Um die Einnahmeverluste auszugleichen, profitiert auch der VVS davon, dass das Land Baden-Württemberg vom Bund 280 Mio. Euro für Ausfälle im ÖPNV erhält, ergänzt um 200 Mio. Euro des Landes. Die so genannte Notifizierung der Europäischen Kommission steht noch aus.

Zusammenhalt - kommunal, europäisch und global

Alle Jahre wieder (und das seit über 40 Jahren) sammelt Weihnachtsmann & Co Spenden und gibt sie an karitative Träger weiter.

Sozialdemokratische Solidarität - gemeinsam mit unseren Ortsvereinen haben wir einige Veranstaltungen auf die Beine gestellt: z.B. im Osten der „Impuls aus Berlin“ oder in Sillenbuch „Nachhaltigkeit und Klimaschutz“.

Zur aktuellen Politik aus Bundestag und Partei hatten wir einen lebhaften Austausch mit vielen Interessierten beim Mitgliedertreffen der Filder-OV. Regelmäßig fand auch der politische Informationsaustausch bei meinen bundespolitischen Stammtischen - jeweils in unterschiedlichen Stadtteilen - statt. Auf vielen Infoständen, Straßenfesten und einigen Jubiläen war ich mit dabei - allerdings hat Corona diese Aktivitäten seit März 2020 ausgebremst.

Europa ist leider immer noch kein Selbstläufer - darum gab es die Großdemo „Ein Europa für alle - Deine Stimme gegen Nationalismus“ und der SPD Europa-Info-Truck stoppte auf dem Marienplatz. Leider hat der strömende Regen die Besucher*innenzahl auf ein paar ganz wenige Interessierte reduziert. Schön war allerdings, dass unsere eigenen Aktiven trotz Regen tapfer dabei gewesen sind! „Global gerechtes Europa“ war übrigens der Titel einer der interessantesten Veranstaltungen im Europawahlkampf in Form eines lebendigen Podiums im Theaterhaus.
Um die afrikanischen Länder und deren Probleme und Chancen besser zu verstehen, war ich auch außerhalb meines Wahlkreises mit einigen Ortsvereinen im Austausch.
Der Umwelt- und Klimaschutz haben mich nicht nur bei Veranstaltungen mit Naturfreunden, sondern auch bei Gesprächen mit fridays for future Stuttgart, dem Stuttgarter Klimabündnis und fridays for future Baden-Württemberg beschäftigt. Seit April diesen Jahres haben wir den Austausch dann zum Teil per Videokonferenz fortgesetzt.

Meine wichtigsten Ehrenämter sind nach wie vor das der DLRG Vizepräsidentin, meine Mitgliedschaft im Vorstand der Deutschen Umweltstiftung und neu bin ich Vorstandsmitglied bei „HELP - Hilfe zur Selbsthilfe“ in Bonn, die in 23 Ländern der Welt Hilfsprojekte umsetzen (www.help-ev.de)

Einen verdienstvollen Sozialdemokraten, kritischen Vordenker und demokratischen Verfechter für eine bessere Welt mussten wir verabschieden - Erhard Eppler. Die Trauerfeier für ihn war sehr bewegend. Er wird uns ein anspornendes Vorbild bleiben - ganz im Sinne eines seiner früheren Statements: Sagen was ist - tun, was getan werden muss.

Politische Bildungsreisen nach Berlin

„rahmenlos und frei’ - der Vesperkirchen-Chor der Stuttgarter Leonhardskirche zu Gast im Willy-Brandt-Haus.

Pro Jahr habe ich die Möglichkeit, über das Bundespresseamt je drei Gruppen zu je 50 Teilnehmenden für viertägige politische Bildungsfahrten nach Berlin einzuladen.

Neben Bundestag und Kanzleramt nehme ich meist mit ins Programm die Dauerausstellung zur Deutschen Geschichte im deutschen Dom („Wege, Irrwege, Umwege“), das Stasi-Museum, den Tränenpalast, die Gedenkstätte an der Bernauer Straße oder „Topographie des Terrors“ über den Nationalsozialismus, seine Bauten und seine Verbrechen.
Mit dabei waren diesmal zum Beispiel eine Gymnastikgruppe aus Stuttgart-Freiberg, Chormitglieder der Martinskantorei Möhringen, eine politische Diskussionsgruppe aus Kaltental, der Albverein Möhringen, Interessierte, die ich beim Einbürgerungsfest der Stadt Stuttgart kennengelernt hatte, Mitarbeiter*innen des Sozialkaufhauses PragA der Caritas, Langzeitarbeitslose der Neuen Arbeit, Mitarbeiter*innen und Ehrenamtliche des Eltern-Kind-Zentrums West (EKiZ), Mitarbeiter*innen und Teilnehmende im Berufsbildungsbereich der Neckartalwerkstätten und die letzte Fahrt im Herbst 2019 waren die Mitglieder des Chors „rahmenlos und frei“.
Die Vereine und Gruppen melden sich bei mir, einige müssen auch aus Termingründen wieder absagen und so bleibt immer Luft, um auch einzelne Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und Genossinnen und Genossen.
Aktueller Nachtrag: Wegen Corona entfielen leider alle drei Fahrten in 2020. Jetzt stauen sich in den Wartelisten an die 200 Interessierte. Ich hoffe sehr, dass es nächstes Jahr wieder heißt: „Wir fahren nach Berlin“. Gerade für diejenigen, denen die Mittel oder die Möglichkeit fehlen, so nah an die Politik heranzukommen und auch die deutsche Geschichte zu erleben, ist es immer wieder ein eindrückliches Erlebnis.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Eine ganz besondere Delegationsreise habe ich im September 2019 erlebt. Aufgrund der anhaltenden Unterdrückungspolitik Chinas gegenüber Tibet habe ich mich mit den Kolleg*innen Margarete Bause MdB (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank Heinrich MdB (CDU) mit dem Dalai Lama ausgetauscht.

Bis zum Ende des letzten Jahres lag mein Arbeitsschwerpunkt im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Mit einer kleinen Delegation des Menschenrechtsausschusses hatten wir im September 2019 Gelegenheit nach Indien zu reisen.

Der Höhepunkt der Reise war unser Austausch mit dem Dalai Lama. Zwar merkt man ihm sein Alter durchaus an, aber je länger er erzählte, desto jünger und fröhlicher wurde er. Die Freude und auch die Gelassenheit, die er ausstrahlt, ist beachtlich angesichts der dramatischen Situation, mit der er und mit ihm viele Geflüchtete aus Tibet nach wie vor leben müssen. Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Tibet und insgesamt in anderen Teilen Chinas waren ein Schwerpunkt unseres intensiven Austausches. Weitere wichtige Gespräche haben wir zur Situation der Frauen in Indien geführt und wir haben Projekte für Frauen und Familien besucht, die besonders von Deutschland unterstützt werden. Zum Thema Menschenrechte standen außerdem Gespräche mit indischen Umweltaktivist*innen und Nicht-Regierungs-Organisationen sowie mit Journalist*innen auf dem Programm.
Das Thema schlechter, unsicherer oder gar menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen hat uns nicht nur in Indien begleitet. Es bleibt insgesamt ein zentrales Thema. Deshalb machen wir uns für faire Arbeitsbedingungen und insbesondere für das verbindliche Lieferkettengesetz stark. Der Monitoring Prozess unseres "Nationalen Aktionsplans: Wirtschaft und Menschenrechte" (NAP) ist abgeschlossen und es ist eindeutig, dass die bisherige freiwillige Regelung bei den wenigsten Unternehmen zu nachhaltigem und sozialem Verhalten geführt hat. Daher werden Arbeitsminister Hubertus Heil und Entwicklungsminister Gerd Müller nun verbindliche Vorgaben für alle Unternehmen festlegen.

Aber nicht nur in bekannten Regionen der Textilherstellung oder des Lebensmittelanbaus wie Kambodscha, China, Bangladesch, der Türkei oder Ghana findet man erschreckende Arbeitsbedingungen vor. Auch vor unserer Haustür leiden ausländische Arbeitskräfte unter Dumpinglöhnen. Mit der EU-Entsenderichtlinie „Mobilität in der EU - fair, verlässlich und sozial gerecht“ haben wir die rechtliche Grundlage für bessere Arbeitsbedingungen europaweit gelegt. Es gilt „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Das verbessert die Bedingungen für Arbeitskräfte aus dem EU-Ausland auch bei uns. Das Beispiel der Fleischindustrie belegt eindrücklich, warum wir bessere gesetzliche Regelungen brauchen. Deshalb haben wir zügig eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht, mit einem Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit im Kernbereich der Produktion, einem umfassenden Arbeitsschutzprogramm und einem gesetzlichen Rahmen für häufigere und strengere Kontrollen in den Betrieben.

Parlamentarische Versammlung des Europarates

Als innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion bin ich mehr in Berlin gebunden. Ich habe daher meine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PVER) in Straßburg zu Beginn dieses Jahres beendet. In der PVER war ich Mitglied im Ausschuss für Recht und Menschenrechte und im Ausschuss für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung.

Herzstück sind die von Mitgliedern der PVER erstellten Berichte zu menschenrechtspolitischen Themen, die von der Versammlung als Resolutionen verabschiedet werden. Es ist wichtig, dass auch in Europa Missstände angeprangert und Menschenrechte thematisiert und durchgesetzt werden.

Hier ein Beispiel: Auf unserer Tagesordnung in der 2. Sitzungswoche 2019 standen unter anderem Berichte zu den Überlegungen innerhalb der EU, einen Mechanismus zur Überprüfung der Entwicklung der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte in den Mitgliedstaaten zu entwickeln, über Sexismus und sexuelle Belästigung in den Parlamenten, zur Rolle der Politik im Kampf gegen Hassrede, zur Situation von Flüchtlingen und Migrant*innen auf den griechischen Inseln, über Geldwäsche mit Beteiligung staatlicher Akteur*innen am Beispiel von Aserbaidschan, Moldau und Russland, zu den Rechten von nach anonymen Samen- bzw. Eizellenspenden geborenen Kindern sowie über die Auswirkungen von sozialen Medien auf die Menschenrechte.
Die Bekämpfung von Hassrede, Hasskriminalität und Intoleranz ist ein Schwerpunkt der Arbeit der PVER. Europaweit spalten Hassrede, Intoleranz und Ausgrenzung unsere Gesellschaften. In immer mehr Staaten finden populistische Haltungen Einzug in die Parlamente. Die „No Hate Parliamentary Alliance“ der PVER ist ein Zusammenschluss von Abgeordneten, die aktiv gegen Rassismus, Hass und Intoleranz eintreten.
Das „No-Hate-Speech-Movement“ ist eine Kampagne des Europarats, die gegen Hassrede im Internet mobilisiert und auch einen deutschen Ableger hat.

#NotInMyParliament ist eine Initiative, mit der wir gegen sexualisierte Gewalt in Parlamenten vorgehen wollen. 85% der Parlamentarierinnen in Europa haben während ihrer Amtszeit Erfahrungen mit psychischer Gewalt gemacht. Rund 47% wurden mit Schlägen, Vergewaltigung oder dem Tod bedroht.
Zwei Drittel der Abgeordneten und Mitarbeiterinnen aus Parlamenten wurden während ihrer Arbeit sexuell belästigt. Die Initiative wurde durch die Vorsitzende der PVER im November 2019 im Bundestag vorgestellt. Unter dem Hashtag #NichtInMeinemParlament wollen wir auch bei uns fraktionsübergreifend gegen Sexismus und sexuelle Belästigung vorgehen.

#NichtInMeinemParlament - fraktionsübergreifend gegen Sexismus und sexuelle Belästigung.

Innenpolitik

Seit Ende Oktober 2019 bin ich innenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und befasse mich mit neuen Schwerpunkten, die mir durch meine frühere Zeit als Innenausschussvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) vertraut sind.

Einem Kernthema aus der Entwicklungszusammenarbeit - Flucht, Fluchtursachen und Migration - bleibe ich auch hier weiter verbunden. So haben wir endlich unser Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen. Die Verhandlungen darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsgesetz braucht, haben mich seit dem Beginn meiner politischen Arbeit begleitet. Wir können zu Recht stolz auf diesen historischen Schritt sein. Mit der anstehenden Verlängerung der bisher erfolgreichen Westbalkanregelung werden wir die erleichterten Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer*innen aus den Westbalkanstaaten fortsetzen.

Die Bekämpfung von Hasskriminalität und Rechtsextremismus ist ein weiterer Schwerpunkt sozialdemokratischer Innenpolitik. Der Rechtsextremismus ist aktuell die größte Bedrohung für die Sicherheit in Deutschland. Vor allem die Mobilisierung der rechtsextremen Szene im Internet führt zu gewaltbereitem Hass und Enthemmung. Deshalb war es wichtig, dass wir die Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität im Deutschen Bundestag beschlossen haben.
Mit dem Gesetz verschärfen wir das Strafrecht und sorgen dafür, dass Hetze und Bedrohung im Netz künftig härter und effektiver verfolgt werden können. Der Strafrahmen bei Mord- und Vergewaltigungsdrohungen im Netz wird von einem auf bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe erhöht. Kommunalpolitiker*innen werden vor Diffamierungen und Anfeindungen besser geschützt. Gleichzeitig gilt es, die Prävention noch fester in den Blick zu nehmen und die politische Bildung zu stärken.

Nach langen zähen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner wurde das Waffenrecht weiter verschärft und wir konnten zum Beispiel die Regelabfrage beim Verfassungsschutz durchsetzen, die vor Erteilung eines Waffenscheins gemacht werden muss. Es reicht jetzt bereits die bloße Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung aus (auch, wenn diese noch nicht verboten ist), um den Antrag einer Person auf eine waffenrechtliche Erlaubnis abzulehnen. Dadurch soll der Zugang von Extremist*innen zu Schusswaffen erschwert werden.

Wir haben lange dafür geworben, dass Deutschland, zusammen mit anderen europäischen Staaten, Geflüchtete von den griechischen Inseln aufnimmt. Schlussendlich haben sich elf EU-Mitgliedstaaten zur Aufnahme bereit erklärt. Es war ein großer Kraftakt, die Aufnahme beim Koalitionspartner durchzusetzen.
Es ist positiv, dass wir ca. 2.700 unbegleitete Kinder bzw. behandlungsbedürftige Kinder und deren Familien aufnehmen und sie medizinisch versorgen. Wir werden die Lage auf den griechischen Inseln aber nur dann dauerhaft bessern, wenn wir die europäische Flüchtlingspolitik und das gemeinsame Asylsystem neu ausrichten.
Dazu haben wir in der SPD-Fraktion ein umfassendes Konzept für ein neues Gemeinsames Europäisches Asylsystem beschlossen.

Am Redepult im Parlament - immer wieder ein besonders schönes Erlebnis.

Innenpolitik ist auch Sportpolitik - hier zusammen mit der Sportausschuss-Vorsitzenden Dagmar Freitag und Vertretern der DLRG zum Thema "Schwimmen als Kernkompetenz erhalten".

Parlamentsgruppe Seenotrettung

SOS - Seenotrettung ist eine humanitäre Pflicht.

In der Parlamentsgruppe Seenotrettung setzen wir uns für eine Versachlichung der Debatte um die europäische Flüchtlingspolitik und die Seenotrettung ein.

Wir haben in Jahr 2019 einen Osterappell an die Bundesregierung auf den Weg gebracht. „Menschenrechte gelten überall – auch auf dem Mittelmeer!“ wurde fraktionsübergreifend von 216 Bundestagsabgeordneten unterstützt.
Darin stellen wir fest: Menschen, die auf hoher See in Seenot geraten, vor dem Ertrinken zu retten, ist ein humanitärer Imperativ, der nicht verhandelbar ist. Wir, die Unterzeichner*innen dieses Appells, bekennen uns zu der humanitären Pflicht, dass Menschen aus Seenot gerettet und gemäß internationalem Recht in Sicherheit gebracht werden müssen.

Blaulichtkonferenz

Über „Klimawandel: Herausforderungen für den Katastrophenschutz“ haben wir zusammen mit rund 250 Teilnehmenden von Hilfsorganisationen, Feuerwehren, der Polizei und dem Technischen Hilfswerk (THW) aus ganz Deutschland diskutiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie sich die Anforderungen an Katastrophenschutz und Bevölkerungshilfe des Bundes durch den Klimawandel ändern.

Interessante Diskussion zum Thema Katastrophenschutz.

Islamkonferenz

Wir bekamen viel Zuspruch für unsere Islamkonferenz: "Muslime in Deutschland - Mittendrin statt nur dabei" bei der sich Politiker*innen und Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft austauschen konnten. Denn positive Vorbilder und eine durch gesellschaftliche Vielfalt geprägte Dialog-Kultur bewirken bei der Integration mehr als jede Unterrichtsstunde im Sprach- und Integrationskurs.

Im Gespräch mit Younes Al-Amayra, Youtuber und Web-Video-Künstler.

TEAM WAHLKREIS STUTTGART

Claudia Eichert und Dr. Matthias Schrumpf
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711-5188 90-10
Fax: 0711-5188 90-20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

TEAM BERLIN

Nina Pawlik und Sybille Thomas
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-227-72894
Fax: 030-227-76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de